

Leitartikel

Wirtschaft in Wartestellung

Unternehmen fehlt das Vertrauen in die Politik

Von RUDI WAIS  
red.politik@mainpost.de



Auf die Wirtschaft sollte Peer Steinbrück lieber nicht hoffen – das Beispiel von 1998 bleibt einzigartig. Damals zog die Konjunktur vor der Bundestagswahl überraschend stark an, was der Kanzlerkandidat der SPD keck mit der Vorfreude auf einen Regierungswechsel erklärte. „Der Aufschwung, den wir jetzt erleben“, tönte Gerhard Schröder, als habe er Helmut Kohl längst abgelöst, „ist mein Aufschwung.“

15 Jahre später sind nicht nur die Popularitätswerte des sozialdemokratischen Herausforderers in den Sinkflug übergegangen. Auch die Wachstumsprognosen der Regierung und der verschiedenen Forschungsinstitute fallen von Woche zu Woche niedriger aus. Wirtschaftsminister Philipp Rösler erwartet für das laufende Jahr nur noch ein Wachstum von 0,4 Prozent. Wenn überhaupt. Vor einer Wahl neigt jede Regierung dazu, die Situation etwas schöner zu zeichnen, als sie ist. Tatsächlich tritt die deutsche Wirtschaft auf der Stelle.

Mit den Ängsten im Euroraum und den Problemen in vielen wichtigen Abnehmerländern alleine lässt sich das allerdings nicht erklären. Innenpolitisch ist die Lage ja nicht minder unübersichtlich und unsicher, so dass viele Unternehmer mit dem Investieren zögern. Die meisten Mittelständler, zum Beispiel, verfolgen mit Sorge, was Sozialdemokraten und Grüne im Falle eines Wahlsieges an Steuererhöhungen planen – und fragen sich natürlich auch, was die SPD davon in einer Großen Koalition noch durchsetzen würde. Auch die quälend langen Debatten über die Energiewende sind aus Sicht der Wirtschaft alles, nur keine ver-

trauensbildende Maßnahme. Kein Wunder also, dass Manager im Moment nach dem Prinzip verfahren: Abwarten, was nach der Wahl passiert.

Unterm Strich steht Deutschland im internationalen Vergleich aber auch mit einer erwarteten Wachstumsrate von 0,4 Prozent noch immer bemerkenswert gut da – die meisten Länder der Eurozone sind längst in die Rezession gerutscht. In der Bundesrepublik dagegen steigen nicht nur die Steuereinnahmen, auch die Sozialkassen stehen auf soliden Fundamenten.

Abgesehen vom zunehmenden Mangel an Fachkräften, stimmen also zumindest die ökonomischen Rahmenbedingungen. Bis die politischen wieder etwas klarer sind, wird es noch eine Weile dauern. Dass die Konjunktur schon im Herbst wieder anzieht, wie der Minister verspricht, ist aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich.

Eine Exportnation wie Deutschland hängt mehr als andere Länder am Tropf der Weltkonjunktur – und auch hier sind die Aussichten für die nächsten Monate nicht allzu rosig. In China wächst sie Wirtschaft zwar noch um satte sieben Prozent im Jahr, das aber ist die niedrigste Rate seit 13 Jahren. Auch in den USA kommt die Konjunktur nicht in Schwung, so lange Barack Obama keinen Plan hat, wie er die stärkste Volkswirtschaft der Erde aus dem Schuldensumpf führen will. Umso wichtiger wäre es in dieser Situation, dass die Binnennachfrage in der Bundesrepublik stimmt und im Idealfall weiter stimuliert wird. Das Entschärfen der Steuerprogression, das SPD und Grüne im Bundesrat verhindert haben, wäre eine solche Stimulanz gewesen. Steinbrück allerdings hat sich dagegen entschieden. Der nächste Aufschwung ist deshalb, egal wie die Wahl ausgeht, nicht sein Aufschwung.



ZEICHNUNG: ERL

Lust, das andere Land zu entdecken

Das Deutsch-Französische Jugendwerk wird 50 Jahre

Das Gespräch führte  
BIRGIT HOLZER

Vor 50 Jahren wurde der Elysée-Vertrag unterzeichnet: Am 22. Januar 1963 besiegelten Deutschland und Frankreich ihre Freundschaft. Zugleich beschlossen die beiden Staaten die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW), um den Austausch der Jugend zu gewährleisten. Seither profitierten fast acht Millionen junge Deutsche und Franzosen von den Programmen des DFJW. Generalsekretärin Béatrice Angrand über bisherige Entwicklungen und neue Herausforderungen:

deutsch-französische Kooperation kann als Modell für andere Länder stehen, die früher verfeindet waren, beispielsweise auf dem Balkan, in manchen Gebieten Afrikas oder zwischen Japan und China. Die trinationalen und multinationalen Programme, die das DFJW anbietet, haben eine große Anziehungskraft gerade bei denjenigen, die noch nicht überzeugt sind.

Wie sprechen Sie diejenigen an, die wenig Bezug haben zum anderen Land, vielleicht auch die Sprache gar nicht sprechen?

ANGRAND: Ein Instrument hat sich immer bewährt: das Prinzip der Subsidiarität. Das DFJW kann nicht alle Begegnungen selbst durchführen, darum pflegen wir Netzwerke an Schulen, Hochschulen und an allen Orten, wo junge Leute sind, die als Multiplikatoren für unsere Arbeit fungieren. Wir haben ein Netz von je 50 Juniorbotschaftern in jedem Land, die vor Ort für unsere Programme werben. Die Aufgabe des DFJW ist nicht, eine Sprachpolitik zu entwickeln, aber Programme zu schaffen, die Lust wecken, das andere Land zu entdecken und die Sprache zu lernen.

Der französische Präsident Charles de Gaulle hat bei seiner Annäherung an Deutschland ganz konkret die Jugend angesprochen. Glauben Sie, auch heute geht der Fortschritt der deutsch-französischen Partnerschaft über die jungen Menschen?

ANGRAND: Ja, und leider wird auf der politischen Ebene, aber auch in der Wirtschaft viel zu wenig mit jungen Menschen gearbeitet. Zum Beispiel bei den Städtepartnerschaften beschweren sich die Älteren oft über Mangel an Nachwuchs, aber schaffen keinen Platz. Oder es wird

nicht akzeptiert, dass sich junge Menschen manchmal nur zeitlich begrenzt engagieren wollen und nicht festlegen können. Heute wissen sie meistens nicht, wo sie in zehn Jahren sein werden. Man sollte auch darüber nachdenken, wie man ehrenamtliche Tätigkeiten anerkennen kann. Ich fände es fortschrittlich, die Kompetenzen, die man durch freiwilliges Engagement erwirbt, gemeinsam auf deutsch-französischer Ebene anzuerkennen. Das würde Anreize schaffen, ehrenamtlich aktiv zu werden. Wir sollten pragmatisch sein, um dieses Engagement zu erhalten.

Halten Sie die deutsch-französischen Beziehungen für etwas Besonderes, vielleicht sogar Einzigartiges?

ANGRAND: Der erste Eindruck prägt fürs Leben – das ist typisch für die deutsch-französischen Beziehungen. Denn unbewusst wird man durch die Teilnahme an einem deutsch-französischen Austausch ein Element in der Geschichte Europas, empfindet sich als Teil der europäischen Gemeinschaft. Deshalb ist der deutsch-französische Austausch so identitätsstiftend. Zugleich sind Deutsche und Franzosen so unterschiedlich, dass sie sich ergänzen und man in sich selbst einen Ausgleich findet. Als ob man in sich zwei unterschiedliche Systeme integrieren würde. Das bereichert, auch wenn es im Alltag manchmal schwierig ist.

Erstmals seit seiner Gründung erhält das DFJW eine Budget-Erhöhung um jeweils eine Million Euro aus Deutschland und Frankreich. Wie wollen Sie das zusätzliche Geld zum Budget von bisher insgesamt 20 Millionen Euro einsetzen?

ANGRAND: Diese Erhöhung freut uns sehr, denn die Politik setzt mit ihr ein Zeichen. Mit den zusätzlichen Mitteln wollen wir beispielsweise mehr Programme für berufliche Bildung finanzieren: mehr Stipendien für Praktika, mehr Förderung für den Austausch an Berufskollegs und von Azubis. Außerdem investieren wir mehr in bildungsferne Schichten, also Menschen, für die es nicht selbstverständlich ist, an einem deutsch-französischen Austausch teilzunehmen. Wir wollen auch noch mehr trinationale Programme anbieten. Dabei darf man nicht vergessen, dass unser Mehrbedarf, also die Anträge für Programme, die wir nicht bedienen können, fast drei Millionen Euro beträgt. Wenn manche also behaupten, das Deutsch-Französische sei eingeschlafen, sehen wir das ganz anders. Die Nachfrage ist groß, ob bei der beruflichen Bildung, bei Städtepartnerschaften, den Schulen oder im Sport.

Zitat des Tages



Fritz Kuhn FOTO: DPA

„Die Stadt Stuttgart wird nicht den Wowereit geben.“

Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) zum Umgang mit dem Bahnprojekt Stuttgart 21 im Vergleich zum Debakel um den Hauptstadtflughafen

Impressum

MAIN-POST SCHWEINFURTER TAGBLATT  
VOLKSBLATT VOLKSZEITUNG BOTE VOM HASSGAU  
unabhängig überparteilich

Verlag und Druck: Main-Post GmbH & Co. KG  
Registrierungsamt: AG Würzburg HRA 6681  
Chefredakteur: Michael Reinhard  
Chefredaktion: Helmut Hicke (Regionalredaktion Süd u. Chef v. Dienst), Andreas Kemper (Regionalredaktion Main-Rhön u. Chef v. Dienst), Peter Krone (Projektmanagement), Folker Quack (Überregionales u. Multimedia), Anton Sahlender (Qualitätsmanagement u. Leserservice). Weitere verantwortl. Redakteure: Martina Riederle (Deskleiterin Überregional und Reise), Joachim Staab (Deskleiter Überregional), Achim Muth (Reporterchef), Werner Barthel (Sonderpublikationen), Wolfgang Keil (Kultur u. Journal), Ivo Knahn (Gestaltung), Roland Schmitt-Raiser (Multimedia), Günther Schwärzer (Sport), Michael Depisch (Wirtschaft), Stellvertreter: Michael Czygan (Reporter), Ralph Heringlechner (Kultur), Margit Klingler (CvD u. Ausbildung), Wolfgang Ottinger (Sonderpublikationen), Hans Strauß (Sport). Korrespondenten: Martin Ferber, Rudi Wais (Berlin), Dr. Jens Schmitz (Washington), Henry Stern (München), Detlef Drewes (Brüssel), Gerd Höhler (Athen/Ankara), Birgit Holzer (Paris), Gil Yaron (Tel Aviv), Dr. Martin Gehlen (Kairo).

Anzeigen: Matthias Faller, Peter Kruse (Stv.).  
Für Anzeigen gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Preisliste Nr. 62 v. 1. 1. 2013.  
Vertrieb: Holger Seeger.  
Zustellung: Main-ZustellService GmbH.  
Persönlich haftende Gesellschafterin: Main-Post Verwaltungen GmbH, Registergericht: AG Würzburg HRB 10997; Geschäftsführer: David Brandstätter.  
Gemeinsame Postanschrift: Berner Straße 2, 97084 Würzburg, Telefon (0931) 6001-0, Fax (0931) 6001-420, E-Mail: service.center@mainpost.de.  
Bei Ausfall infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg besteht kein Erfüllungs- und Entschädigungsanspruch. Kündigung des Abonnements nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende.  
Alle Rechte gemäß § 49 UrhG vorbehalten. Es gelten die AGB für Anzeigen und Vertrieb unter mainpost.de.  
Erscheinungsweise werktags.  
Wir sind der IVW angeschlossen, das bedeutet: geprüfte Auflagenangaben.

Béatrice Angrand



Arte und als Projektbeauftragte für den Entwicklungsplan. Von 1991 bis 1993 leitete sie das Institut Français in Rostock und von 1996 bis 1998 im rumänischen Timisoara.

Seit 2009 ist Béatrice Angrand die französische Generalsekretärin des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) – neben ihrem deutschen Pendant Markus Ingenlath. Zuvor arbeitete die 45-Jährige als Beraterin der Präsidenten des deutsch-französischen Fernsehsenders Arte und als Projektbeauftragte für den Entwicklungsplan. Von 1991 bis 1993 leitete sie das Institut Français in Rostock und von 1996 bis 1998 im rumänischen Timisoara.

FOTO: LC

Leserforum

Ihre Briefe bitte an: E-Mail: leserbriefe@mainpost.de; Fax: (0931) 6001-346, Postanschrift: Redaktion Leserbrief, Berner Straße 2, 97084 Würzburg. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Leserbriefe werden auch im Internet veröffentlicht.

Man könnte es auch Mord nennen

Zum Artikel „Bloß kein Mädchen“ (9.1.), der sich mit geschlechtsspezifischen Abtreibungen befasst: Wir empören uns zu Recht über Gewalt in Schulen, über Missbrauch, brutale Vergewaltigungen und Diskriminierung von Geschlechtern. Hier beschränkt sich die Empörung auf Abtreibungen aus geschlechtsspezifischen Gründen. Die anrührende Geschichte einer „Rosa“ aus Albanien rechtfertigt nicht, dass in unserem Land das Lebensrecht Ungeborener mit Füßen getreten wird. Sei es ein Junge oder ein Mädchen. Kaum jemand empört sich über die-

sen eigentlichen Skandal, zumindest nicht öffentlich. Der haltlose und verharmlosende Begriff „Schwangerschaftsunterbrechung“ soll wohl glauben lassen, es handle sich nur um eine kleine Störung, die repariert wird, nach dem Motto: „Gleich geht's weiter“. Tatsächlich ist es eine irreparable Auslöschung wehrlosen, menschlichen Lebens. Wenn man bestimmte Tatbestände des § 211 StGB hier gelten ließe („heimtückisch“, „grausam“ oder „mit gemeingefährlichen Mitteln“), könnte man es auch Mord nennen. Findige Juristen konnten nur unter Fehldeu-

tung verfassungsrechtlicher Vorgaben Rechtfertigungsgründe konstruieren. Wenn das Geschenk einer Schwangerschaft als Übersteigerung der „zumutbaren Opfergrenze“ gedeutet (§ 219 StGB) und künftig wohl Abtreibung zu einem Menschenrecht (!) deklariert wird, verliert ein Rechtsstaat den Boden unter den Füßen. Viele werden aus diesem Artikel wohl die Lehren ziehen und die Schwangerschaft künftig aus den „richtigen“ Gründen beenden. Bloß nicht sagen, „weil es ein Mädchen ist!“  
Werner Gerberich, 97259 Greußenheim

Zum Kommentar „Nehmen, um zu geben“ (10.1.) über die Kindergeldüberlegungen der SPD: Wieder einmal ein schwacher Kommentar von Redakteur Martin Ferber. Die soziale Gerechtigkeit – hier Kindergeldzahlung – ist keine Frage von links oder rechts, sondern eine moralische und ethische. Und die Behauptung, dass der SPD-Vorschlag die potenziellen Wähler der Mitte abschreckt und die Leistungsträger der Gesellschaft bestraft, absurd. Auch in diesen Bevölkerungsteilen gibt es Menschen, die soziale Gerechtigkeit richtig einordnen kön-

nen. Realität ist, dass heute Besserverdiener über die Kinderfreibeträge Steuerersparnisse erzielen, die weit über das Kindergeld für Niedrig- und Normalverdiener von 184 Euro hinausgehen. Inwiefern sind die Geringverdiener Gewinner des bisherigen Systems? Was ist der ihnen eigentlich zustehende steuerfreie Betrag? Mehr Geld führt nicht automatisch zu mehr Kindern? Selbstverständlich fragen sich junge Leute, ob sie sich bei den heutigen Wohnmieten und Lebensmittelpreisen (Euro = Teuro) noch Kinder leisten können.  
Gerd Plast, 97070 Würzburg

Leserbriefe für den überregionalen Teil der Zeitung veröffentlichen wir von Dienstag bis Samstag an dieser Stelle. Damit möglichst viele Leserinnen und Leser zu Wort kommen, behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Die größte Chance auf Veröffentlichung hat, wer in wenigen Zeilen sehr aktuell auf ein Thema reagiert. Nennen Sie bitte die Überschrift des Artikels, auf die sich Ihr Brief bezieht, das Ressort und das Erscheinungsdatum. Geben Sie Ihre vollständige Adresse und eine Telefonnummer an. Wenn Sie eine Veröffentlichung Ihrer Meinung im Internet ablehnen, vermerken Sie das auf Ihrem Leserbrief.